

# **Bundesamt für Verfassungsschutz**

## **Aktuelle Entwicklung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und ihr Verhältnis zu den Neonazis**

**Stand: März 2004**

## **Inhalt**

- 1 Politisch-strategische Orientierung**
- 2 Mitgliederentwicklung**
- 3 Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten**
- 4 Verhältnis zwischen NPD und Neonazis**
  - 4.1 Neonazis in Deutschland**
  - 4.2 Demonstrationen von NPD und Neonazis**
  - 4.3 Verhältnis der NPD zu Neonazis**
  - 4.4 Verhältnis der Neonazis zur NPD**
- 5 Verhältnis der NPD zu anderen rechtsextremistischen Parteien**
- 6 Zusammenfassung**

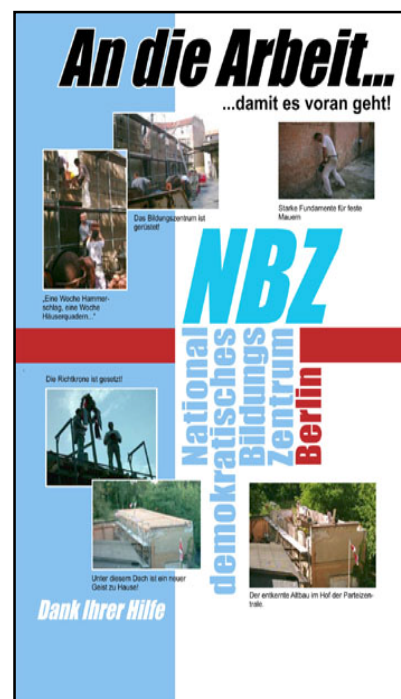
# 1 Politisch-strategische Orientierung

Die NPD befindet sich derzeit in einer politisch-strategischen Orientierungsphase. Der NPD-Parteivorstand hält aber weiterhin an dem 1997 beschlossenen Strategiekonzept der „Drei-Säulen“ fest; dazu gehören der „Kampf um die Straße“ (Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen), der „Kampf um die Parlamente“ (Teilnahme an Wahlen) und der „Kampf um die Köpfe“ (Schulung von Anhängern, Beeinflussung der öffentlichen Meinung). Angesichts der zunehmenden Eigenständigkeit der Neonazi-Szene verliert aber der bislang im Vordergrund stehende „Kampf um die Straße“ für die NPD an Bedeutung. Statt dessen hat die Parteiführung die Bedeutung des „Kampfes um die Köpfe“ und des „Kampfes um die Parlamente“ hervorgehoben.

Der Bildungsarbeit („Kampf um die Köpfe“) misst die Führung der Partei „eine besondere Bedeutung“ zu. Im Sommer 2003 begann die NPD auf dem Gelände der Parteizentrale in Berlin-Köpenick mit der Errichtung eines „Nationaldemokratischen Bildungszentrums“. Ob der Schulungsbetrieb wie vorgesehen aufgenommen werden kann, erscheint aus der Erfahrung mit ähnlichen Vorhaben in der rechtsextremistischen Szene eher fraglich.

Im Zusammenhang mit dem „Kampf um die Köpfe“ propagiert die Parteiführung seit dem Sommer 2003 verstärkt auch wieder die

„Wortergreifungsstrategie“. Entsprechend geschulte Parteimitglieder sollen auf Veranstaltungen des politischen Gegners diesen verbal attackieren, provozieren und so möglichst bloßstellen. So wurde am 12. Januar 2004 in Buxtehude (Niedersachsen) die Podiumsdiskussion einer Volkshochschule mit dem Titel „Neofaschismus – eine Gefahr für die Gesellschaft?“ von einer Gruppe von Rechtsextremisten massiv gestört und daraufhin von den Veranstaltern aus Sicherheitsgründen abgebrochen.



NPD-Flugblatt

Im Jahr 2004 will die NPD nach Angaben des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ „verstärkt den ‚Kampf um die Parlamente‘ mit dem Anspruch auf Überwindung der Fünf-Prozent-Sperrklausel auf Länderebene“ angehen. Während sich die NPD in der Vergangenheit regelmäßig an Landtagswahlen beteiligt hat, verzichtete sie 2003 völlig auf eine Beteiligung an einer der vier Landtagswahlen und nahm lediglich punktuell an den Kommunalwahlen in Bayern und Brandenburg teil. Ursächlich dafür dürften die schlechten Wahlergebnisse der NPD gewesen sein. So erzielte sie in den letzten Jahren ihr höchstes Ergebnis mit lediglich 1,4% der Stimmen bei der Landtagswahl am 19. September 1999 in Sachsen.

An den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 in Sachsen wird die NPD in Dresden im Rahmen eines „Nationalen Bündnis Dresden“ teilnehmen. In diesem Bündnis haben sich am 24. April 2003 gegenwärtige und ehemalige Mitglieder der NPD, der Partei „Die Republikaner“ (REP), der „Deutschen Volksunion“ (DVU) sowie Vertreter der „Freien Nationalisten“ und der rechtsextremistischen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) zusammengeschlossen. Vorsitzender dieses Bündnisses ist der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel.



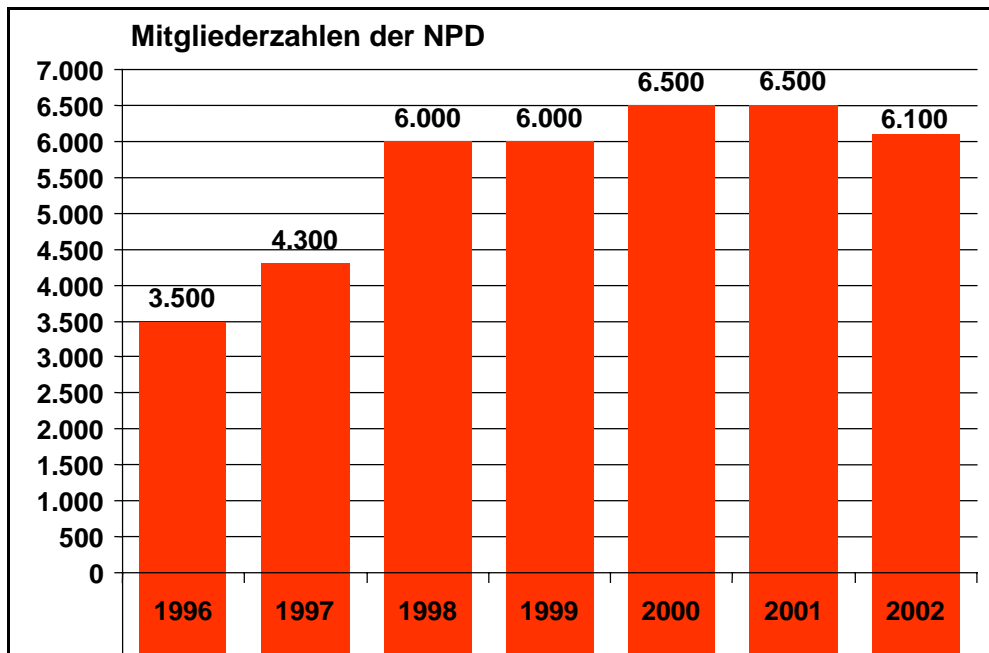
NPD-Wahlprogramm

Unterstützung erhält das Bündnis vor allem von der NPD, aber auch vom REP-Landesvorstand Sachsen. Der REP-Bundesvorstand dagegen lehnt eine Zusammenarbeit mit dem Bündnis ausdrücklich ab. Eine Reaktion des DVU-Bundesvorstandes blieb bislang aus.

## 2 Mitgliederentwicklung

Die vom Bundesverfassungsgericht am 18. März 2003 verkündete Einstellung des Parteiverbotsverfahrens führte weder zu der von der NPD erhofften Aufbruchstimmung noch zu einem Mitgliederzuwachs. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT räumte 2003 in der Mai-Ausgabe der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ einen Rückgang auf

5.500 Mitglieder ein. Tatsächlich dürfte der Mitgliederbestand der Partei eher noch niedriger liegen.



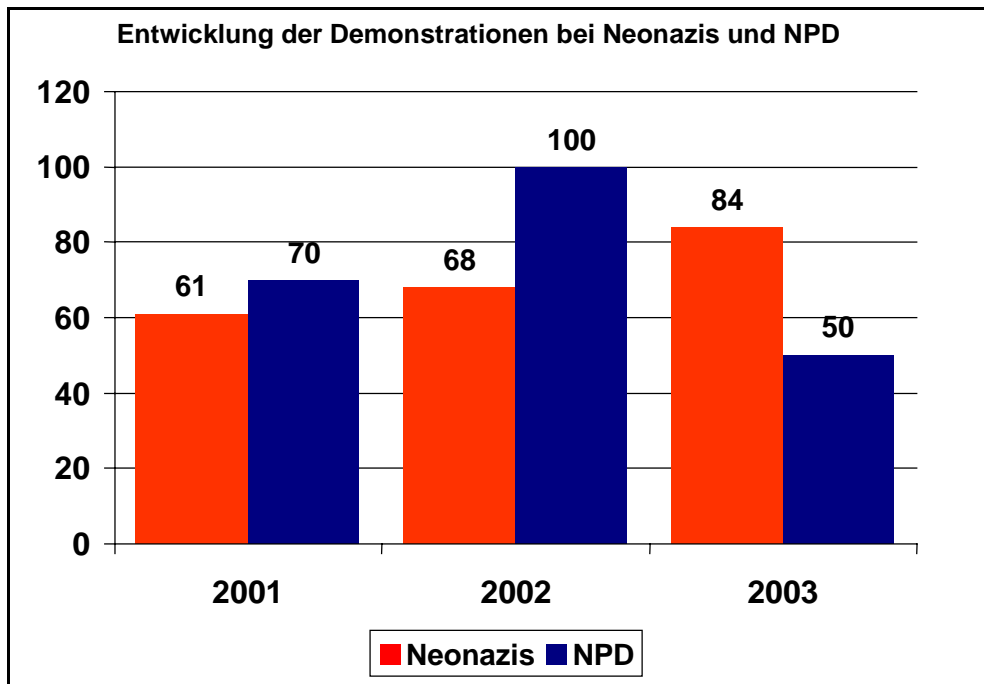
### 3 Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten

Die Versuche der NPD, sich im Rahmen ihres „Kampfes um die Straße“ mit größeren aktionsorientierten medienwirksamen Veranstaltungen und Demonstrationen darzustellen, fanden 2003 weniger Resonanz als in den Vorjahren. So führte die NPD nur noch rund 50 Demonstrationen (2002: 100, inklusive Wahlkampfständen) durch. An diesen nahmen durchschnittlich etwa 150 Personen teil, darunter auch Angehörige der Neonazi-Szene.

Für die 1. Mai-Kundgebung 2003 in Berlin konnte die NPD nur noch rund 1.300 Demonstranten mobilisieren. Im Jahr 2002 führte die Partei zum 1. Mai dezentral sechs Kundgebungen durch, an denen insgesamt rund 3.000 Personen teilnahmen. Zwar kamen zum „Pressefest“ des Parteiverlags „Deutsche Stimme“ am 9. August 2003 in Meerane (Sachsen) rund 2.500 Besucher, diese dürften allerdings vorwiegend wegen des Musikangebots und nicht wegen des politischen Programms erschienen sein.

Themenschwerpunkt der NPD-Demonstrationen im Frühjahr 2003 war der Irak-Krieg. Neben der Durchführung eigener Veranstaltungen beteiligte sich die NPD weiterhin auch an den Aufmärschen der

Neonazi-Szene, insbesondere an Aktionen gegen die „Wehrmachts-Ausstellung“.

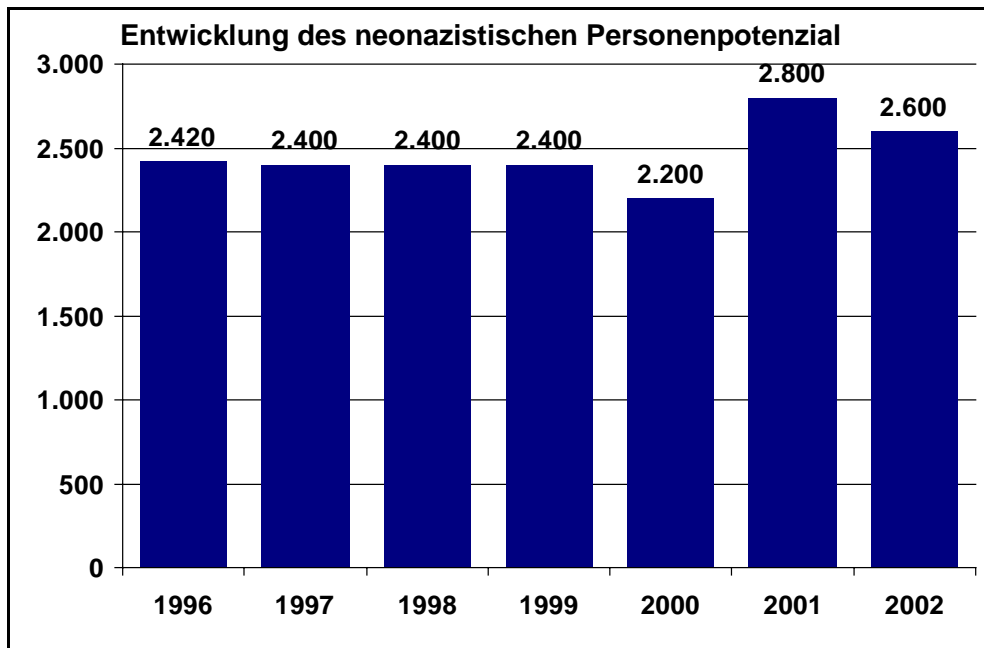


#### **4 Verhältnis zwischen NPD und Neonazis**

##### **4.1 Neonazis in Deutschland**

Zentrales Strukturelement der 2002 über 2.600 Anhänger zählenden Neonazi-Szene sind die rund 160 Kameradschaften. Das Personenpotenzial dürfte 2003 erneut angestiegen sein.

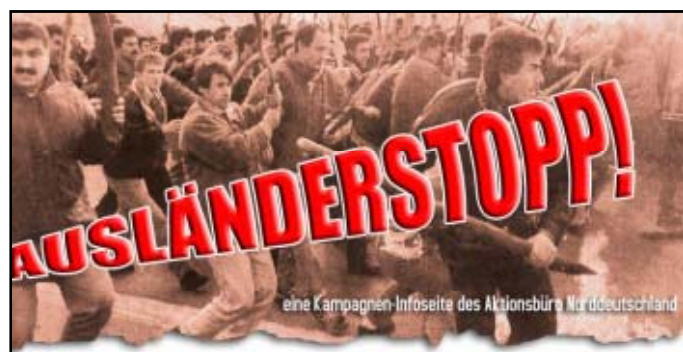
Die Kameradschaften entstanden als Reaktion auf die zahlreichen Vereinsverbote der 90er Jahre. Sie besitzen meist nur geringe vereinsähnliche Strukturen, in aller Regel steht ihnen aber ein „Kameradschaftsführer“ vor, der die Gruppe autoritär leitet. Die Kameradschaften haben meist nicht mehr als 25 Mitglieder, zu denen oft auch rechtsextremistische Skinheads gehören. Ihre Aktivitäten sind sehr unterschiedlich: Einige beschränken sich auf „Kameradschaftsabende“, die oft eher Stammtischcharakter haben, als dass sie eine politische Arbeit erkennen lassen. Andere wiederum organisieren Vorträge oder Schulungen mit nationalsozialistischem Inhalt und nehmen an Demonstrationen teil.



Um die seit den Vereinsverboten in den 90er Jahren immer mehr zersplitterte Neonazi-Szene zu koordinieren und ihre Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen, wurden in den letzten Jahren verstärkt Aktionsbündnisse und Aktionsbüros gegründet.

Den Anfang machte das „Aktionsbüro Norddeutschland“ in Hamburg. Diese nach wie vor bekannteste Koordinierungsstelle leistet vor allem administrative Unterstützung bei Demonstrationen. Zudem versuchte man im Jahre 2003 durch Kampagnen (z.B. die „Bürgerbewegung Ausländerstop - Heimreise statt Einwanderung“) sowie Aktionen gegen die „Wehrmachtsausstellung“ und dem Irak-Krieg („Not with U\$“), die inhaltliche Ausrichtung der norddeutschen Neonazi-Szene mitzuprägen.

Insgesamt bleiben die Bemühungen der Büros und Bündnisse jedoch ohne größere Wirkung.



Kampagne des „Aktionsbüros Norddeutschland“

## 4.2 Demonstrationen von NPD und Neonazis

In den 90er Jahren organisierten Neonazis öffentlichkeitswirksame Auftritte unter dem schützenden Dach des Parteienprivilegs der NPD, da alle von Neonazis allein angemeldeten Demonstrationen verboten wurden.

Die gegenwärtige Möglichkeit der Neonazis, mit eigenen Demonstrationen aufzutreten, verdanken sie vor allem dem erfolgreichen „Rechtskampf“ des ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der 1995 verbotenen neonazistischen „Nationalen Liste“ (NL) Christian Worch. Dieser war im Jahr 2000 bis vor das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gezogen und hatte die Durchführung einer von ihm angemeldeten Demonstration gegen den Springer-Verlag in Hamburg erreicht. Im Folgenden gelang es den Neonazis immer wieder, Kundgebungen vor Gericht durchzusetzen. Zuletzt wurde die Aufhebung des Verbots des „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“ 2003 durch das Bundesverfassungsgericht erreicht.



„Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ 2003

Die Fähigkeit von Neonazis, eigene Demonstrationen durchzuführen und in Konkurrenz zur NPD anzutreten, zeigte sich 2003 besonders am 1. Mai, als sich an einer Demonstration in Halle (Sachsen-Anhalt) mit rund 1.200 Teilnehmern fast ebenso viele Personen beteiligten wie an der Parallelveranstaltung der NPD in Berlin (1.300 Teilnehmer).

Die wachsende Eigenständigkeit der Neonazis ging einher mit einem vorübergehenden Rückgang des „Kampfes um die Straße“ bei der NPD im Herbst 2000. Dieser wortreich verkündete und taktisch begründete Rückzug war im Hinblick auf das NPD-Verbotsverfahren beschlossen worden.



NPD-Demonstration am 1. 05. 2003 in Berlin

In den Augen vieler Neonazis wurde damals klar, wer tatsächlich die „Speerspitze des Nationalen Widerstands“ war. Sie sahen sich durch den Rückzug der NPD in ihrer Skepsis gegenüber der Partei bestätigt. Die Folgen waren: Aufkündigung der Zusammenarbeit in vielen Regionen und Austritte aus der NPD. Hieran wird deutlich, für wie wichtig Neonazis – und nicht nur diese – die symbolische Führerschaft im „Nationalen Widerstand“ halten.

### 4.3 Verhältnis der NPD zu Neonazis

In der NPD üben führende Funktionäre einerseits deutliche Kritik an den Neonazis. So kritisierte der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt die Reaktionen von Teilen des Neonazi-Lagers auf die Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens und sprach von „egomanisch veranlagten „Nationalisten“, die sich „wohl nicht weniger über ein Verbot der NPD als die Berliner Systemschergen gefreut hätten“.

Andererseits besteht eine unverändert enge Kooperation zwischen maßgeblichen NPD-Vertretern und dem Neonazi-Lager. Die ambivalente Haltung der Parteiführung mag auch dadurch motiviert sein, dass Neonazis (und Skinheads) weiterhin ein wichtiges Mobilisierungspotenzial der Partei stellen.

Wie wenig stringent das Verhältnis der NPD-Parteiführung zur Neonazi-Szene ist, zeigt auch die Solidaritätsbekundung des stellvertretenden NPD-Parteivorsitzenden Holger Apfel anlässlich der

„Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung“ am 16. August 2003 in Wunsiedel (Bayern). Dort überbrachte er den rund 2.600 Teilnehmern die Grüße des NPD-Parteivorstands und versicherte, „dass die NPD an der Seite derer sei, die für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten“. An der von Neonazis organisierten Demonstration gegen die „Wehrmachtsausstellung“ am 31. Januar 2004 in Hamburg beteiligte sich Apfel ebenfalls mit einem Redebeitrag.

#### 4.4 Verhältnis der Neonazis zur NPD

Auch in der Neonazi-Szene gibt es keine einheitliche Position gegenüber der NPD, was angesichts ihrer Zersplitterung nicht wundert.

Demonstrationen wie die am 31. Januar 2004 in Hamburg gegen die „Wehrmachtsausstellung“ verdeutlichen einerseits das vereinzelte Bemühen von Neonazis, die gemeinsame Sache mit der NPD in den Vordergrund zu stellen. Diese Aktivisten treten auch bei NPD-Kundgebungen als Redner auf. NPD-kritische Neonazis plädieren demgegenüber nur noch für eine punktuelle Kooperation, etwa bei Demonstrationen.



Demonstrationen am 31. 01. 2004 gegen die „Wehrmachtsausstellung“ in Hamburg .

Neben taktischen und strategischen Überlegungen bestimmen auch persönliche Beziehungen von Angehörigen der Neonazi-Szene das Verhältnis zur NPD. Gut sind die Beziehungen dort, wo es persönliche

Verbindungen gibt oder neonazistisch ausgerichtete NPD-Mitglieder den Kurs der Partei in einer Region mitbestimmen. So war bis August 2003 ein Neonazi Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein. Auch nach der Neuwahl des Landesvorstandes besteht der neonazistische Einfluss fort.

## **5 Verhältnis der NPD zu anderen rechtsextremistischen Parteien**

Vor dem Hintergrund des unverändert schwierigen Verhältnisses der NPD zur Neonazi-Szene forciert die Parteiführung erstmals seit 1997 den „Kampf um die Parlamente“. Dabei setzt sie auch wieder auf eine Annäherung an das rechtsextremistische Parteienspektrum.

Ein im August 2003 vom Parteivorstand als „Leipziger Appell“ verabschiedeter Aufruf an die Führungen der Partei „Die Republikaner“ (REP), der „Deutschen Volksunion“ (DVU) sowie der 1993 gegründeten „Deutschen Partei“ (DP), die Zerstrittenheit des nationalen Lagers zu überwinden und auf einer gemeinsamen „DEUTSCHEN LISTE FÜR EUROPA“ (DLFE) für die Europawahl zu kandidieren, wurde jedoch von DVU und DP hinhaltend, von den REP gar nicht beantwortet. In der Vergangenheit hatte die NPD 1987 – bis 1990 befristete – Wahlabsprachen mit der DVU getroffen und 1997 vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg vergeblich eine Abstimmung mit konkurrierenden rechtsextremistischen Parteien gesucht.

## **6 Zusammenfassung**

- Die vom Bundesverfassungsgericht am 18. März 2003 verkündete Einstellung des Parteiverbotsverfahrens führte weder zu der von der NPD erhofften Aufbruchstimmung, noch zu einem Mitglieder-aufschwung. Daneben hat sich die NPD im letzten Jahr mit keinem zugkräftigen Sachthema profilieren können.
- Die NPD hält an ihrem Strategiekonzept der „Drei Säulen“ fest: „Kampf um die Straße“ (Demonstrationen u. öffentliche Veranstaltungen), „Kampf um die Parlamente“ (Teilnahme an Wahlen) und „Kampf um die Köpfe“ (Schulung der Parteimitglieder und Beeinflussung der öffentlichen Meinung).

- Das Verhältnis zwischen NPD und den Neonazis ist nach wie vor ambivalent. Ungeachtet bestehender Differenzen agiert die NPD aus machtpolitischen Erwägungen anlassbezogen - insbesondere bei Demonstrationen - mit Neonazis zusammen.
- Aufgrund der Zersplitterung der Neonazi-Szene ist keine einheitliche Linie im Verhältnis von Neonazis zur NPD erkennbar. Es reicht von heftiger Ablehnung über regionale Zusammenarbeit bis zur Mitarbeit in der NPD.
- Die Bemühungen der NPD-Führung, zumindest bei Wahlen mit anderen rechtsextremistischen Parteien zu kooperieren und sich damit neben dem Neonazi-Spektrum eine weitere politische Option zu öffnen, dürften wenig Aussicht auf Erfolg haben. Der „Leipziger Appell“ als Aufruf an andere rechtsextremistische Parteien, die Zersplitterung des „nationalen Lagers“ zu überwinden, stieß auf geringe Resonanz. Für die Wahl zum Europaparlament am 13. Juni 2004 wollen alle rechtsextremistischen Parteien mit einer jeweils eigenen Liste antreten.